

Solidarität mit den M A N - Beschäftigten

- Die MAN Truck & Bus Österreich in Steyr ist dank der Arbeit der Beschäftigten profitabel!
- Die Arbeiter*innen und Angestellten dürfen nicht für die Fehler des Managements zum Handkuss kommen!
- Die Arbeiter*innen und Angestellten dürfen nicht für das Profitstreben und Missmanagements des Volkswagen-Konzerns geopfert werden!

Keine Kündigungen, keine Schließung des Standortes!

Unter dem Vorwand von Corona heißt es jetzt:

Geld her oder Zusperrern – oder beides

Damit die Profite stimmen - Kündigungswelle und Betriebsschließungen!

Immer mehr große Betriebe in Österreich kündigen jetzt sehr viele Arbeiter und Angestellte. Damit bedrohen sie Tausende Familien und ganze Regionen in ihrer Existenz:

VW/MAN Steyr/OÖ (2.300), Swarovski-Wattens/Tirol (1.600), FACC in Ried/OÖ (650), Casinos Austria (600), Voestalpine in Kindberg und Kapfenberg (550), ATB-Spielberg, Stmk. (360), Doka in Amstetten/NÖ, (300), AVL List in Graz (220), Agrana-Zuckerfabrik in Leopoldsdorf/NÖ (150), Sacher in Wien und Salzburg (150), Mayr-Melnhof in Hirschwang/NÖ (130), Isovolta in Wr. Neudorf/NÖ (80), BTW (60) ... AUA baut trotz Staatshilfe 1.000

Stellen ab – vorerst ohne Kündigungen ... Die Liste wird täglich länger.

Wirtschaftsforscher und Kreditverbände sehen darin aber nur den Anfang einer noch kommenden größeren Kündigungswelle! Beschäftigte, Betriebsräte und die Menschen vor Ort wehren sich, Gewerkschaften und Arbeiterkammern unterstützen die Anliegen und Proteste. Die Betroffenen zeigen auf, dass nicht Corona dahintersteckt, sondern beinhalte Profitmaximierung.

ATB-Spielberg

Die ATB-Beschäftigten bezeichnen die Vorgangsweise der Eigentümer, das ganze Werk zu schließen und in Billiglohnländer zu verlagern als

„skrupellos“. Nachdem die ATB-Betriebsräte wochenlang nichts von der Regierung hörten, dann die zynische Antwort bekamen, dass ihr Brief verlegt wurde und sie sich an die Arbeitsministerin wenden sollen und nach weiteren Wochen Bundeskanzler Kurz zu keinem Gespräch bereit war, wendeten sich die Betriebsräte mit einem öffentlichen Brief an Parlament und Regierung. Darin heißt es unter anderem:

„Die gesamte Produktion soll von Spielberg in ein Billiglohnland verlagert werden, als Mittel zum Zweck wurde unter dem Vorwand der Corona-Krise Insolvenz angemeldet ... Unter exzessiver Ausnutzung des Insolvenzrechts werden nun im laufenden Sanierungsverfahren unsere Maschinen an eine ost-europäische Konzerntochter verkauft.“

Die Republik Österreich, die Finanzprokuratur, die das Finanzministerium vertritt, hat der ATB-Werksschließung im Konkursverfahren zugestimmt. Laut ATB-BRV Michael Leitner, hätte der Staat durch die Finanzprokuratur als größter Gläubiger im Sanierungsverfahren die Abwanderung verhindern können. Der Eigentümer der ATB, der chinesische Konzern Wolong, hätte das Insolvenzrecht missbraucht, weil er eine Liquidierung der Produktion als Sanierung dargestellt habe. Die AK hat daher beim Oberlandesgericht Einspruch gegen die Entscheidung im Konkursverfahren eingelegt. Dass der ATB-Konzern seiner eigenen Konzern-Tochter in Spielberg alle Maschinen abkauft, um sie nach Osteuropa zu verlagern, ist für ÖGB + AK ein Missbrauch des Insolvenzrechts. Auf Steuerzahlerkosten wird der ATB-Standort zum Sondertarif ins Ausland verlagert.

Übrigens: Der Chef der Finanzprokuratur ist Wolfgang Peschorn, der sich sonst so gerne als „Anwalt der Republik“ präsentiert, der um jeden Cent kämpft. Bei ATB wohl nicht!

VW-MAN-Steyr

Volkswagen/MAN-Steyr ist ein profitabler Betrieb, hat Millionen an österreichischen Staatshilfen erhalten und will jetzt den ganzen Standort mit 2.300 Beschäftigten schließen, so BRV Erich Schwarz. Zudem wurde die Standortvereinbarung mit Jobgarantie bis 2030 vorzeitig einseitig von MAN gekündigt.

Mit den radikalen Maßnahmen wollen die VW-Bosse das Ergebnis der VW-Tochter um rund 1,8 Mrd. Euro verbessern.

Der Umsatz der Münchner Konzernmutter Traton, die zum VW-Konzern gehört, macht 11 Mrd. Euro aus. Die Aktionäre erhalten eine 1/2 Mrd. Euro an Dividenden, die Vorstände 11 Mio. Euro.

Weiters sind in Steyr zuletzt noch 60

Millionen Euro in eine neue Lackiererei - die größte Lackieranlage Europas für Lkw-Kunststoffanbauteile - investiert worden. Geld spielt also keine Rolle!

Jetzt sollen nach Drohung des deutschen VW-Konzerns mit Standortschließungen, darunter auch Steyr, wieder Löhne gedrückt und öffentliche Gelder erpresst werden, damit die VW-Konzerngewinne gesichert sind. Ähnlich wie es die Lufthansa-Bosse bei der AUA machen.

„Mit den zahlreichen Zulieferbetrieben sowie der Bedeutung als Auftraggeber für viele andere Unternehmen wären bei einer Standortschließung mindestens 6000 Arbeitsplätze direkt betroffen oder akut gefährdet und tausende Familien in ihrer Existenz bedroht“, befürchten die Stadt- und Ortschaften von 23 Umlandgemeinden in einem Brief.

Doch das scheint die VW-Konzernleitung nicht zu beeindrucken, solange es keinen effektiven Widerstand gibt. Von der Österreichischen Bundes- und OÖ-Landesregierung erhoffen sie sich durch diese Erpressung viele frische Millionen. Und welche Garantien geben sie? Und wenn, sind sie dann das Papier wert auf dem sie geschrieben sind? Wohl genauso nichts wie die jetzige vorzeitig gekündigte Standortvereinbarung.

Und die Hoffnung, ob die jetzt von MAN gekündigte Standortvereinbarung überhaupt rechtsgültig war, schwindet. Rechtsgültig wäre sie laut dem Juristen Elias Felten, Vorstand des Instituts für Arbeits- und Sozialrecht an der Linzer Johannes Kepler Universität nämlich nur, wenn es eine Vereinbarung zwischen Konzern und Gewerkschaft gäbe.

„Laut dem oö. Landesvorsitzenden und stv. Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft PRO-GE, Hans-Karl Schaller (auch Voestalpine-Konzern-BRV, sei der Standort- und Beschäftigungssicherungsvertrag aller-

dings ein Abkommen zwischen der MAN-Unternehmensleitung in Steyr und dem Betriebsrat. Es sei ein Deal gewesen, mit dem im Gegenzug die Arbeitszeiten in der Produktion flexibilisiert worden seien, betonte er.“ (Industriemagazin, 23. 9. 2020)

Das heißt:

An echtem Widerstand und Kampf führt kein Weg vorbei!

*

ATB-Spielberg, MAN-Steyr oder die Ankündigung von Tiroler Seilbahnbetreibern trotz „Betriebsauftrag“ im Winter nicht aufzusperren, weil sich ein Betrieb nicht rentiere, zeigen: wer die Produktionsmittel in der Hand hat, der kann, wenn man ihn lässt, diktieren – auch dem Staat – wie das Beispiel der Entscheidung der Finanzprokuratur bei der ATB-Insolvenz beweist.

Diese Regierung steht auf der Unternehmerseite. Damit tatsächlich effektive Maßnahmen im Interesse der arbeitenden Menschen gesetzt werden, muss die Regierung von den arbeitenden Menschen aktiv dazu gebracht werden, dies auch wirklich zu tun! Wie? Durch breiten, gemeinsam mit der Bevölkerung durchgeführten Protest, Widerstand, Streik! Die bloßen Worte von Bundeskanzler Kurz, „das Thema Arbeit neben der Bekämpfung der CoV-Pandemie zum zentralen politischen Thema zu machen“, sind absolut zu wenig

Die Hoffnung, dass die Regierung oder auch der „Sozialpartner“ Unternehmer durch „freundliches Zureden“ oder „heftiges Sozialpartnerverhandeln“ tun werden, was die arbeitenden Menschen brauchen, ist vergeblich. Schon beim Verkauf des Semperit-Reifenwerkes ins Ausland Ende der 1990er Jahre haben im Nachhinein dortige Betriebsräte erkannt: **MEHR HANDELN STATT VERHANDELN**. Richtig! Nur so kann jetzt und in Zukunft Zusperrern und Ausverkauf verhindert werden.

**Gemeinsam und gestützt auf die eigene Kraft – gegen die Zusperrerr!
Unsere Stärke, Solidarität! Unsere Chance, Widerstand!**